

Pressespiegel 2021

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von **Group Marketing & Communications**

Datum **18.01.2021 / KW 02**



„Kurier“, 18.01.2021

Zu „Wer bezahlt die Krisenfolgen?“ (10. Jänner)

Entgegnung

Als Mitarbeiter eines jener Unternehmen, das laut Frau Blaha zu den angeblich großen „Krisengewinnern“ zählt und von Staatshilfen überproportional profitiert, kann ich diese schlicht falschen Aussagen nicht unwidersprochen lassen. Ausgehend von 12 Mitarbeitern im Jahr 1980 ist Novomatic heute ein echter Weltkonzern mit 22.500 Beschäftigten und Standorten in mehr als 50 Ländern, der maßgeblich auch in Österreich High-Tech-Equipment entwickelt, produziert und betreibt. Bei all der Internationalität ist Novomatic aber immer eine österreichische Unterneh-

mensgruppe geblieben. Sie versteuert ihr Welteinkommen in Österreich und leistet damit hier jährlich mehr als 380 Millionen Euro an Steuern und Abgaben. Das entspricht mehr als dem Gesamtaufkommen der Fremdenverkehrsabgabe sowie Werbeabgabe in Österreich.

Die im Rahmen des Lock Downs behördlich angeordneten Schließungen von hunderten Filialen in Österreich und die Einschränkungen in der Produktion hätten zu einem signifikanten Abbau von Mitarbeitern und einer Verlagerung der Konzernzentrale ins Ausland führen können – mit gravierenden Folgen für Österreich. Im Übrigen ist es inhaltlich unrichtig, Novomatic als einen Gewinner der Krise zu bezeichnen. Die Umsatzeinbußen aufgrund der Betriebsschließungen übersteigen allfällige – gedeckelte – Umsatzerersatzleistungen oder Zuschüsse aufgrund von Kurzarbeit um ein Vielfaches.

Stefan Krenn

Director Group Marketing & Communications, Novomatic

„www.gamesundbusiness.de“, 15.01.2021

Umbenennung

Admiral Sportwetten wird Novo Interactive



Die Admiral Sportwetten GmbH, ein Tochterunternehmen von Löwen Entertainment, wurde in Novo Interactive GmbH umbenannt. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 13. Januar 2021.

Grund für die Umfirmierung ist eine Ausweitung des Geschäftsbereichs des Unternehmens. Zukünftig wird Novo Interactive alle Online-Glücksspielangebote der Löwen-Gruppe unter einem Dach vereinen. Seit 2017 bietet das Unternehmen unter der Marke Admiralbet Online-Sportwetten an. Sobald in Deutschland Rechtssicherheit besteht, wird das Portfolio um virtuelle Automatenspiele erweitert.

Novo Interactive mit Sitz in Rellingen bei Hamburg ist ein Tochterunternehmen von Löwen Entertainment. Die Geschäftsführung bilden weiterhin Oliver Bagus, Jürgen Irsigler und Georg Schwab.

„Trend“, 14.01.2021



41 YEARS OF **INNOVATION**



NOVOMATIC

1980 wurde in Gumpoldskirchen der Grundstein für den Erfolg gelegt, durch den NOVOMATIC zu einem der größten und innovativsten Gaming-Technologiekonzerne der Welt geworden ist, der mittlerweile mehr als 22.000 Mitarbeiter beschäftigt.

www.novomatic.com

► Geldflüsse an FPÖ-Konstrukte im Fokus ► „Kein Cent an die Partei“

Einblicke in blaue Vereine

Ibiza-U-Ausschuss: Der FPÖ-nahe Finanzexperte Markus Braun berichtete über das blaue Vereinswesen. Fazit: Kein Geld floss an die Partei. Auch wisse er nichts von einem Deal zwischen FPÖ und Glücksspielkonzern Novomatic. Und ein ehemaliger burgenländischer SPÖ-Politiker war in aller Kürze befragt.

Das blaue Vereinswesen umweht ein Hauch von Mythos. Steckt vielleicht voller Geheimnisse. Gestern sprach dazu Investmentbanker Markus Braun, tätig bei FPÖ-nahen Vereinen, im U-Ausschuss. Braun berichtete über Kooperationen mit Verteidigungsministerium und Glücksspielriese Novomatic. Geld ging an den auf Sicherheitsagenden spezialisierten Verein ISP, der auch Gegenstand von Ermittlungen

gen ist. Braun: „Kein Cent ist an die Partei oder Mitglieder gegangen. Das war nie intendiert.“ Spenden an Vereine wie Pro Patria, wo etwa Steyr 75.000 einzahlte (auf Frage von Neos-Mandatar Helmut Brandstätter sagte Braun, offenbar habe man sich mit den Vereinszielen identifiziert) ja. Aber nichts weiter. Zudem seien die Vereine geprüft worden. Alles sauber. Wie sind dann die Sager von Heinz-Chris-

tian Strache auf Ibiza zu erklären, wonach über Vereine Geld an Parteien fließe und Novomatic alle zahle? „Vieles in dem Video Gesagte ist nachweislich falsch.“ Braun ist auch Vorstand von Sigma, wo sein Schwager Peter Sidlo als Finanzexperte tätig war. Bis er von der FPÖ (mit freundlicher ÖVP-Unterstützung) 2019 in den Vorstand der teilstaatlichen Casinos gehievt wurde. Trotz Zweifel an seiner Kompetenz. Braun: „Das war eine mediale Hetzjagd. Sidlo ist auch der einzige Konnex zwischen mir und dem Untersuchungsgegenstand.“

Davor war der burgenländische Ex-SPÖ-Landesrat Christian Illedits, gestolpert über einen Goldbarren des Skandalbankers Martin Pucher, dran. Auf ÖVP-Wunsch. Ein Schuss Rot für den Ausschuss. Illedits war der drittschnellste Auskunftgeber der Ausschuss-Geschichte (knappe Stunde). Er hatte sich 2013 für Casinoslizenzen im Burgenland eingesetzt, sein Fußballklub zeitnah von Novomatic-Tochter Admiral Bandenwerbung erhalten. Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl: „Das hat nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun.“

Erich Vogl, Sandra Schieder

„Kurier“, 14.01.2021

Erster Auftritt von Ex-Politiker Illedits

60 Minuten dauerte Christian Illedits Befragung im Parlament

Ibiza-U-Ausschuss. Seit seinem Rücktritt Anfang August 2020 war er von der Bildfläche verschwunden. Einer Ladung als Auskunftsperson im Ibiza-U-Ausschuss (Stichwort „Novomatic zahlt alle“) musste Burgenlands Ex-Landesrat Christian Illedits aber Folge leisten. Rein optisch gab es keine Veränderung. Der plötzliche Rücktritt wegen einer Geschenkkannahme von Ex-Commerzialbank-Chef Martin Pucher hatte zumindest äußerlich keine Spuren bei ihm hinterlassen.

Bei Illedits könnte man annehmen, dass er viel zum Thema Novomatic und die Verandelung zur Politik beitragen könnte.

Aber so kam es dann doch nicht. Zur Enttäu-

schung der ÖVP, die die Ladung von Illedits initiiert hatte. Denn als Präsident des lokalen Fußballvereins ASV Draßburg, der von der Novomatic-Tochter Admiral gesponsert wird, hat er Geld von Novomatic für den Fußballverein eingesammelt.

Gleich in seinem Eingangsstatement erklärte, er dass er zum Untersuchungsgegenstand nichts beitragen könne.

Wie das sein kann? Ganz einfach. Der Ibiza-U-Ausschuss muss den Untersuchungsgegenstand genau definieren. Im Falle von Novomatic wollen die Abgeordneten klären, wie der Glücksspielkonzern möglicherweise Einfluss auf die Gesetzgebung auf Bundesebene ge-

nommen hat.

Illedits, der ab 2000 rund 19 Jahre lange ein Potpourri an Landesämtern innehatte, war nie auf der Bundesebene tätig. Also konnte er auch keine Wahrnehmung zur Bundesebene haben.

Fragen zum Sponsoring des ASV Draßburg wurden nicht zugelassen. So hatte Illedits ein leichtes Spiel. Fast sämtliche Fragen beantwortete er mit dem Stehsatz „Das weiß ich nicht“. Und auch die Abgeordneten von SPÖ, FPÖ, Grüne und Neos wussten nicht so recht, welche Fragen sie dem Ex-Landesrat denn stellen sollen.

Nach gerade einmal 60 Minuten war sein kurzes Comeback auf der Politbühne auch schon wieder vorbei.

„games & business online“, 13.01.2021

Henzgen: "Bald mehr illegale Spielorte"

Scharfe Kritik an der Glücksspielregulierung in Deutschland übt Dr. Daniel Henzgen in einem aktuellen Interview in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung".



Auch vor dem Hintergrund der aktuellen Regulierungsdiskussion in Rheinland-Pfalz prophezeit Dr. Daniel Henzgen (Foto), Leiter Politik und Außenbeziehungen von Löwen Entertainment: "Wenn sich andere Bundesländer daran ein Beispiel nehmen, wird es bald nur noch viel mehr illegale Spielorte geben." Durch die Gesetzespläne der rheinland-pfälzischen Landesregierung drohe die Schließung von 300 der derzeit 550 Spielhallen im Land und der Verlust von 2.500 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen.

Kontraproduktive Regulierung gebe es aber auch in anderen Bundesländern, so Henzgen. In Berlin, wo die Branche ihren Gästen in Spielhallen "noch nicht einmal ein Glas Wasser" anbieten dürfe, mache Löwen Entertainment jetzt seine Spielhallen zu, kündigt er an. "Da lacht sich so manch einer in den Shisha-Bars kaputt."

Henzgen hält eine wirkungsvolle Regulierung des Glücksspiels insbesondere beim Spieler- und Jugendschutz für "essenziell". Sinnvoll seien hier aber qualitative Instrumente wie Spielersperrsystem, Kontrolle der Betreiberzuverlässigkeit und die Zusammenarbeit mit der Prävention. Nicht zielführend sind aus der Sicht von Henzgen moralischer Rigorismus und quantitative Konsumbeschränkungen. Damit sei das Spiel nicht in geregelte Bahnen zu lenken: "Wenn legale Spielhallen immer weiter zurückgedrängt werden, freut sich die organisierte Kriminalität."

"Das illegale Geschäft boomt"

Im Sommer wird das Online-Glücksspiel in ganz Deutschland legalisiert, doch Spielhallenbetreiber bekommen mehr Auflagen. Moralischer Rigorismus treibt Spieler nur in die Hinterzimmer, sagt Daniel Henzgen von Löwen Entertainment. Und warnt: "In den Shisha-Bars lacht sich mancher kaputt."

Herr Henzgen, am 1. Juli tritt der Glücksspielstaatsvertrag in Kraft. Dann werden in Deutschland erstmals Online-Glücksspiele erlaubt. Haben Sie den Sekt schon kalt gestellt?

Wir begrüßen die Legalisierung und werden uns natürlich um eine Lizenz bewerben. Deutschland hat viel zu lange gebraucht, um auf den illegalen Milliardenmarkt eine Antwort zu finden. Jetzt gibt es immerhin so etwas wie faire Wettbewerbsbedingungen. Richtige Freude kommt aber nicht auf.

Warum?

Zum einen drohen uns ausgerechnet jetzt bei stationären Spielhallen weitere Einschränkungen. Zum anderen sind die geplanten Online-Regelungen so strikt, dass es weiter einen sehr starken illegalen Markt geben wird. Das Ziel der Politik, mit sinnvoller Regulierung das Glücksspiel in geregelte Bahnen zu lenken, wird sie damit jedenfalls nicht erreichen.

Woran liegt's?

Die Regeln sind leider so, dass es für manche Spieler nicht attraktiv sein wird, zu legalen Angeboten zu wechseln.

Beispiel?

Ein Einzahlungslimit von 1000 Euro im Monat etwa, dokumentiert über eine Datenbank - also 1000 Euro für alle legalen Betreiber gemeinsam; im internationalen Vergleich zu niedrige Limits pro Spiel; oder künstliche Zeitverzögerungen im Ablauf.

1000 Euro ist doch ein Haufen Geld. Was ist falsch daran, die Spielsucht auf diese Art zu bekämpfen?

Für die Spielsüchtigen erreichen Sie damit gar nichts. Für die einen sind 1000 Euro Limit viel zu viel, für die anderen viel zu wenig. Es gibt daher kein sinnvolles allgemeines Limit. Das ist nichts anderes als eine Konsumbeschränkung.

Aber eine sinnvolle!

Dass Glücksspiel regulierungsbedürftig ist, darüber müssen wir nicht streiten. Glücksspiel ist ein sozial sensibles Produkt, und eine wirkungsvolle Regulierung insbesondere bei Jugend- und Spielerschutz ist essentiell. Deshalb hat die Politik ja diese Ziele formuliert. Es sollte aber allen daran gelegen sein, den Spieltrieb in legale Bahnen zu leiten, dahin, wo lizenzierte Anbieter die Regeln einhalten und der Staat kontrolliert. Wenn ich ausgerechnet dort das Spiel so unattraktiv mache, dass es keine Freude bereitet und das Konsumentenbedürfnis nicht befriedigt, werden diese Ziele nicht erreicht.

Wenn die Regeln für alle gelten und durchgesetzt werden, dann schon.

Die Realität ist aber eine andere. Die Leute wissen heute gar nicht, ob sie online bei einem legalen oder illegalen Anbieter spielen. Wir schätzen, dass schon heute der Online-Glücksspielmarkt in Deutschland nach der Auszahlung aller Gewinne 4 Milliarden Euro umfasst, obwohl Online-Spiele offiziell bei uns gar nicht angeboten werden dürfen. Verbote bringen also gar nichts. Das war schon in der Prohibition so. Glücksspiel gibt es, solange es Menschen gibt. Mit moralischem Rigorismus erreichen Sie keine sinnvollen politischen Ziele! Trotzdem sollte der Staat Abhängige und Jugendliche schützen.

Über die hohe Bedeutung von Spieler- und Jugendschutz sowie Suchtprävention gibt es gar keinen Dissens. Die Frage ist, wie man das erreicht. Sinnvolle Maßnahmen sind Spielersperrsysteme, regelmäßige Kontrollen der Betreiberzuverlässigkeit und verpflichtende Zusammenarbeit mit Präventionsberatern. In Deutschland wird bei Glücksspiel aber immer moralisch argumentiert. Einerseits will der Staat das böse Glücksspiel begrenzen, andererseits verdient er immer kräftig mit - auch selbst als Glücksspielbetreiber. Das passt doch vorne und hinten nicht zusammen.

Je stärker das Angebot wächst, desto größer ist die Suchtgefahr...

Nein, das ist falsch! Die Zahl der Menschen mit pathologischem Spielverhalten liegt in Deutschland seit rund zehn Jahren konstant bei 200 000. Die Zahl ist durch das Wachstum des Gesamtmarktes durch Online-Spiele und Sportwetten ganz offensichtlich nicht gewachsen. Die Menge des Angebots schafft folglich nicht das Problem. Um es platt zu sagen: Der Automat ist nicht schuld. Deshalb ist es auch doppelt widersinnig, auf der einen Seite Online-Glücksspiele zu legalisieren und gleichzeitig stationäre Spielhallen weiter einzuschränken. Nehmen Sie die geplante Neuregelung in Rheinland-Pfalz. Wenn sich andere Bundesländer daran ein Beispiel nehmen, wird es bald nur noch viel mehr illegale Spielorte geben. Das ist ein klares Prohibitionsdilemma.

Sind illegale Spielorte ein Problem?

Aber sicher! In Hinterzimmern, Shisha-Bars und Kulturvereinen stehen Tausende vollkommen unregulierter, von keinem TÜV geprüfte illegale Maschinen, meist aus Osteuropa. Der Markt boomt. Die Polizei hat in Dortmund einen "Wirt" mit fünf illegalen Maschinen erwischt, davon hat jede Monat für Monat 10 000 Euro netto eingespielt. Da bekommen sie einen Eindruck, warum diese Maschinen selbst bei Clankriminellen eine Rolle spielen. Der Arbeitskreis gegen Spielsucht schätzt, dass es 25 000 bis 30 000 solcher illegalen Geräte gibt. Wenn legale Spielhallen immer weiter zurückgedrängt werden, freut sich die Organisierte Kriminalität. In Berlin dürfen wir unseren Besuchern nicht mal ein Glas Wasser hinstellen, trotzdem oder gerade deswegen ist Berlin zum Hotspot des illegalen Glücksspiels geworden. Wir werden unsere eigenen fünf Hallen in Berlin jetzt schließen. Da lacht sich so manch einer in den Shisha-Bars kaputt.

Welche weiteren Regeln plant denn Rheinland-Pfalz?

Kurz vor der Landtagswahl hat die Landesregierung einen Vorschlag für ein neues Glücksspielgesetz vorgelegt. Darin soll neben einem Mindestabstand zu Jugendeinrichtungen 500 Meter Mindestabstand zwischen Spielhallen durchgesetzt werden. Wenn das zum Standard würde, müssten von 550 Standorten mehr als 300 schließen, 2000 Vollzeitstellen stünden dann auf dem Spiel. Weil viele Teilzeitkräfte beschäftigt sind, wären tatsächlich sogar 2500 Menschen - vor allem Frauen - betroffen.

Mindestabstände sind schon länger in der Diskussion, das kann Sie doch nicht wundern. Solche Abstände gelten heute schon für Lottoannahmestellen.

Bei Lotto geht es darum, das lokale Gebietsmonopol zu schützen. Außerdem hat sich der Glücksspielmarkt durch das Aufkommen der Online-Anbieter doch radikal verändert. Wir brauchen eine qualitative Regulierung und keine mehr mit dem Zollstock. Wer will denn im Zweifelsfall entscheiden, wenn zwei Hallen nebeneinanderliegen, welcher Anbieter weichen muss? Wegen ähnlicher Fälle sind deutschlandweit schon über 3000 Verwaltungsgerichtsverfahren anhängig.

Welche Regeln sind es denn, die Ihr Spiel so von illegalen Anbietern unterscheiden?

Der maximale Verlust pro Stunde ist in staatlich konzessionierten Spielhallen auf 60 Euro begrenzt, im langfristigen Mittel dürfen es nicht mehr als 20 Euro pro Stunde sein. Der maximale Gewinn ist gesetzlich auf 400 Euro pro Stunde begrenzt. Spieler

können nur noch an einem Gerät spielen. Das Gerät nimmt ohnehin nur noch maximal 10 Euro an, macht nach einer Stunde eine Pause und wird nach drei Stunden ganz heruntergefahren. In manchen Bundesländern dürfen wir noch nicht einmal bequeme Stühle aufstellen, damit unser legales Angebot unattraktiv gemacht wird.

Gibt es denn Regeln, wie viel ein Automat mindestens ausschütten muss?

Nein, die gibt es nicht. Aber bevor sie fragen: Die Spieler merken sehr genau, welche Automaten für sie attraktiver sind als andere.

Wer geht angesichts der vielen digitalen Angebote überhaupt noch in Hallen, um zu spielen? Ist das Geschäft nicht sowieso dem Untergang geweiht?

Überhaupt nicht. Für 10 Millionen Menschen in Deutschland ist die staatlich-konzessionierte Spielhalle Teil ihrer Freizeitgestaltung. Solange wir ein attraktives Glücksspielerlebnis anbieten dürfen, werden auch Online-Angebote daran nichts ändern. Die Leute wollen raus in die reale Welt. Dann können sie auch in die Kneipe gehen.

Sicher, aber Spielhallen sind besonders. Wir sind attraktiv für Menschen, die allein sein wollen, aber nicht einsam. Spielhallen sind der letzte klassenlose Ort. Das zieht immer noch eine Menge Menschen an. Die Herabsetzung unserer Spielgäste in der öffentlichen Diskussion ist nichts anderes als bigotte Überheblichkeit.

Wie sieht denn der klassische Spielhallenbesucher heute aus?

Mitte bis Ende zwanzig Jahre aufwärts, bei Menschen ab 60 Jahren ist

die Spielhalle ein beliebter Zeitvertreib, keine Jugendlichen, der Zutritt ist ohnehin erst ab 18 erlaubt. Der Frauenanteil liegt bei gut geführten sicheren Betrieben bei bis zu 40 Prozent, in Hinterzimmerbuden bei null Prozent. Uns besuchen überproportional viele Menschen mit mittlerer Reife, Hartz-IV-Empfänger sind stark unterproportional vertreten.

Wirklich?

Ja. Das ist doch aber auch klar. Bei uns gibt es kein Spielen auf Kredit. Wir dürfen anders als Amazon nur Bargeld nehmen. Das Klischee von verrauchten Glücksspielhöhlen kommt vor allem von Leuten, die noch nie in ihrem Leben in einer staatlich konzessionierten Spielhalle waren.

Was macht Corona mit Ihrem Geschäft?

Seit 3. November sind alle Hallen wieder zu. Gut 4000 unserer 4400 Mitarbeiter sind in Kurzarbeit. Bekommen Sie staatliche Hilfen?

Das wird sich nächste Woche klären. Wenn wir als Großunternehmen eingestuft werden, sieht es schlecht aus...

Warum investieren Sie überhaupt noch in Spielhallen?

Wir glauben daran. Es gibt keinen sichereren Ort, seine Freizeit mit Glücksspielen zu verbringen, als die staatlich konzessionierte Spielhalle. Glücksspiel gehört seit jeher zum menschlichen Dasein. Die Digitalisierung eröffnet nur einen zusätzlichen Vertriebskanal.

Das Gespräch führte Bernd Freytag.

Umstrittene Muttergesellschaft Löwen Entertainment ist neben Gauselmann ("Merkur") der größte Hersteller von Glücksspielgeräten in Deutschland. Neben der Produktion im rheinland-pfälzischen Bingen betreibt Löwen 550 Spielhallen. Zudem bietet das Unternehmen Online-Spielwetten und will sich um eine Lizenz für Online-Glücksspiel bewer-

ben. 4400 Mitarbeiter haben 2019 gut 600 Millionen Euro Umsatz erwirtschaftet. Aktuell sind allerdings alle Spielhallen geschlossen. Löwen gehört zur umstrittenen österreichischen Novomatic. Die Gruppe beschäftigt nicht nur ehemalige Politiker - so war der frühere Kanzler Gusenbauer Aufsichtsrat bei Löwen -, dem Konzern wird auch un-

sauberes Geschäftsgebaren rund um Glücksspiellizenzen in Österreich vorgeworfen. Im "Ibiza"-Video sagte der ehemalige FPÖ-Politiker Heinz-Christian Strache: "Novomatic zahlt alle." Vor dem Untersuchungsausschuss hat Novomatic die Vorwürfe bestritten. Die deutsche Tochtergesellschaft kommentiert die Vorgänge nicht. tag.

„Die Presse“, 13.01.2021

Glock-Aussage vor Ibiza-U-Ausschuss

Befragung. Kathrin Glock, die Frau des Waffenproduzenten, war am Dienstag vor den U-Ausschuss des Parlaments geladen. Sie soll bezüglich Stiftungsrecht interveniert haben.

Wien. Der parlamentarische Ibiza-Untersuchungsausschuss ist am Dienstag nach seiner Pause über Weihnachten und Neujahr fortgesetzt worden. Hohe Erwartungen setzen die Abgeordneten unter anderem in die Befragung von Kathrin Glock. Die Frau des Waffenproduzenten Gaston Glock soll im Februar 2018 Mitglieder der ÖVP-FPÖ-Regierung getroffen haben und zum Thema Stiftungsrecht interveniert haben. Die Befragung war zu Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch im Laufen.

Die Unternehmerfamilie war als vermeintliche Parteispenderin von Ex-Vizekanzler und -FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache im Ibiza-Video genannt worden. Glocks Befragung fand wegen der von ihr geäußerten Befürchtungen einer Corona-Ansteckung in einem separaten Raum statt. Zuvor musste über sie eine Beugestrafe verhängt werden. Wie die grüne Fraktionsführerin Nina Tomaselli vor dem Ausschussstart im neuen Jahr

berichtete, soll Glock nach Weihnachten noch einmal versucht haben, einer Befragung zu entgehen, da sie angeblich K2-Person sei, also mit einer Covid-infizierten Person in Kontakt gewesen sei.

Novomatic: Spenden geprüft

Vor Glock gab es jedoch zwei andere Befragungen. Den Auftakt machte Clemens-Wolfgang Niedrist, der einst Kabinettschef des damaligen Justizministers Josef Moser (ÖVP) war. Er konnte zum Lauf der Ermittlungen nach der Veröffentlichung des Ibiza-Videos im Mai 2019 - anders als von den Fraktionen erhofft - nur wenig Erhellendes beitragen. Moser habe ihn damals unmittelbar vor der ORF-Sondersendung angerufen und gebeten, die Ausstrahlung zu verfolgen.

Da ihm der Justizminister aber am Telefon mitgeteilt hatte, dass dieser bereits den zuständigen Sektionschef Christian Pilnacek gebeten habe, die strafrechtliche Relevanz zu prüfen, sei er nicht mehr weiter in den Gang der Ermittlungen eingebunden gewesen. Pilnacek habe damals das "entsprechende staatsanwaltschaftliche Prozedere eingeleitet". Dazu, wie das von-

statten gegangen sei, könne er aber nichts weiter sagen.

Nach Niedrist war der einst für Compliance zuständige ehemalige Novomatic-Manager Martin Schwarzbartl an der Reihe, der vor allem über die Spendentätigkeit des Glücksspielkonzerns Auskunft geben sollte. Dass Novomatic - wie von Ex-Vizekanzler und -FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache im Ibiza-Video behauptet - alle zahle, konnte er so nicht bestätigen. An Parteien sei gar nicht gespendet worden. Kooperationen mit Vereinen gebe es viele, ob diese parteinah seien, sei Definitionsfrage.

Nach Aufkommen der Ibiza-Affäre habe Novomatic auch sofort sämtliche Kooperationen und Spenden nach "Auffälligkeiten" unter seiner Leitung untersuchen lassen. Mit dem Ergebnis, dass es diese nicht gebe. Auch das freiheitliche Institut für Sicherheitspolitik (ISP) sei überprüft worden, das mit 200.000 Euro netto gesponsert worden sei. Nach der Revision durch Wirtschaftsprüfer sei die Zusammenarbeit wieder aufgenommen worden. (APA)

„Standard“, 13.01.2021

Startschuss mit Glock

Beim Ibiza-U-Ausschuss wurde nach der Weihnachtspause weiter nach der mutmaßlichen türkis-blauen Käuflichkeit gebohrt. Geladen war auch Kathrin Glock, Ehefrau des Waffenmilliardärs Gaston Glock, der im Ibiza-Video öfter genannt wird. Aloysius Widmann, Renate Graber Ausgestreckter rechter Arm, Zeige- und Mittelfinger einen Pistolenlauf imitierend, die Linke umfasst das Handgelenk. So posierte der ehemalige FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus im Ibiza-Video, als er dem Lockvogel die Ausführungen von Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache über Gaston Glock übersetzte. Die ikonische Pose steht heute sinnbildlich für die Affäre, die längst auch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss beschäftigt.

Am Dienstag startete der Ibiza-U-Ausschuss ins neue Jahr. Geladen war Kathrin Glock, die Ehefrau des besagten Waffenindustriellen, dessen Name im Ibiza-Video immer wieder im Zusammenhang mit Parteispenden fällt.

Die 40-Jährige ist nicht nur Geschäftsführerin des eigenen Pferdesportzentrums in Kärnten, wo die Glocks gern luxuriöse Feste mit Größen aus Politik und Unterhaltungsbranche veranstalten. Sie sitzt in der Geschäftsführung mehrerer Glock-Gesellschaften und seit April 2018 auch im Aufsichtsrat der Flugbehörde Austro Control.

Norbert Hofer, der freiheitliche Infrastrukturminister der türkis-blauen Regierung und nunmehrige FPÖ-Chef, berief die Unternehmergattin, die nicht unbedingt als Brancheninsi-

derin galt, in das Gremium. Ab Mitte 2017 war Glock zwar in der Geschäftsführung der Glock Aviation GmbH tätig, die Gaston Glocks Privatflugzeuge betreibt. Die Parlamentarier im U-Ausschuss vermuten aber, dass nicht ihre Qualifikation, sondern womöglich ein Deal hinter der Bestellung steht – alle Beteiligten bestreiten den Vorwurf.

Im Februar 2018 soll Glock außerdem mit Vertretern der türkis-blauen Bundesregierung zusammengeworfen sein und zum Thema Stiftungsrecht interveniert haben, mutmaßen die Abgeordneten, die mögliche Verflechtungen der schwerreichen Glocks mit Türkis-Blau durchleuchten wollen.

Beugestrafe fürs Fernbleiben

Glock hätte eigentlich bereits im Vorjahr vor den Ausschuss kommen sollen. Damals war sie der Ladung allerdings nicht nachgekommen, sie sah die Gesundheit ihres 91-jährigen Ehemanns gefährdet. Glock fasste deshalb eine Beugestrafe von 2000 Euro aus.

Wie die grüne Fraktionsführerin Nina Tomaselli vor dem Ausschussstart im neuen Jahr berichtete, soll Glock nach Weihnachten noch einmal versucht haben, einer Befragung zu entgehen, da sie angeblich K2-Person sei, also mit einer Covid infizierten Person in Kontakt gewesen sei. Glocks Befragung fand wegen der von ihr geäußerten Befürchtungen einer Corona-Ansteckung in einem separaten Raum statt. Zu Redaktionsschluss für diese Ausgabe hatte die Befragung Glocks noch nicht begonnen.

Als Erster war im neuen Jahr Clemens Niedrist vor den Untersuchungsausschuss geladen, der Kabinettschef von Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP). Im Untersuchungszeitraum des U-Ausschusses war er noch Kabinettschef des damaligen Justizministers Josef Moser (ÖVP).

Blümel-Mann mit Laptop

Die Abgeordneten wollten von Niedrist wissen, wie die Justiz zu Beginn mit der Causa Ibiza umgegangen ist. Die Befragung des seit 15 Jahren in der ÖVP engagierten Kabinettschefs fasste die Abgeordnete Tomaselli auf Twitter so zusammen: "Kann mich nicht erinnern, weiß nicht, keine Wahrnehmung." Aber immerhin habe man herausgefunden, dass er einen Laptop hat, vermerkte sie mit einem Seitenhieb auf den amtierenden Finanzminister, der dem Untersuchungsausschuss im Sommer erklärt hatte, keinen Laptop zu haben.

Lobbying gehört dazu

Zwischen Niedrist und Glock wurde der Ex-Riskmanagement- und Compliance-Chef der Novomatic, Martin S., befragt. Er war davor Compliance-Chef der ÖBB gewesen und sieht Lobbying als Teil des Geschäfts eines Glücksspielkonzerns, wie er am Dienstag ausführte. Der Sager Straches, wonach Novomatic alle zahle, habe ihn intern genau nachforschen lassen, so S. Man sei stichprobenartig ins Detail gegangen, habe Konten auf Direktzahlungen geprüft – und nichts gefunden.

„www.orf.at“, 12.01.2021

„IBIZA“-U-AUSSCHUSS

„Lobbying gehört im Glücksspielkonzern dazu“

Nach dem Kabinettschef von Finanzminister Gernot Blümel, Wolfgang Niedrist, ist am Dienstag der ehemalige Novomatic-Manager Martin S. dem „Ibiza“-U-Ausschuss Rede und Antwort gestanden. Er gab vor allem zur Sponsoringtätigkeit des Glücksspielkonzerns Auskunft. Zwischen 2017 und 2020 war der Ex-Steuerfahnder im Konzern für Compliance zuständig. Seiner Aussage nach gehört Lobbying zur Arbeit eines Glücksspielkonzerns dazu.

Den vermuteten Hintergrund des bekannten „Ibiza“-Sagers von Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache („Novomatic zahlt alle“) konnte S. nicht bestätigen - nur so viel: Rasch seien danach alle Sponsorings des Unternehmens per interner Revision geprüft worden. Die habe ergeben, dass hierzulande relativ wenig gespendet wurde, so S. Doch gab und gebe es zahlreiche Sponsorings der Novomatic - allerdings nicht für Parteien, wie er festhielt.

Dennoch: „Wenn sie in der Compliance arbeiten und jemand tätigt so eine Aussage, dann wissen sie, dass sie die nächsten zwei Wochen lang nicht schlafen werden“, so S. Er habe nach Auffälligkeiten geforscht, etwa ob Einzelpersonen gefördert würden. Daneben sei man dann „stichprobenweise“ ins Detail gegangen und habe Konten auf Direktzahlungen geprüft. Man habe nichts gefunden, was kritisch gewesen sei.

Hingegen bestünden zu „einer Vielzahl“ von Vereinen Verbindungen. Gefragt zu den Schwerpunkten des Sponsorings gab S. an, es stünden vorrangig Sport, Kunst und Kultur bzw. politische Kultur im Fokus. Lobbyingarbeit gehöre freilich auch zur Arbeit eines Glücksspielkonzernvorstands, wenn es um positive Gesetzesänderungen gehe.

Alois-Mock-Institut „nicht durchgerutscht“

Rasch Thema war in diesem Zusammenhang das Alois-Mock-Institut, bei dem ja Ausschussvorsitzender Wolfgang Sobotka (ÖVP) Präsident ist. Doch man habe den Hintergrund geprüft und für in Ordnung befunden - es sei „nicht durchgerutscht“, gab S. auf NEOS-Nachfrage auch hinsichtlich der Personale Sobotka - Stichwort: kein Sponsoring für Politik - an.

Doch klar sei eines: Mit der Compliance-Überprüfung in Richtung Politiker habe das nichts zu tun gehabt, sonst könne man ja auch den SK Rapid nicht sponsern, so S. Auch dort seien ja Politiker in diversen Funktionen tätig. Wer sich im Zuge der Kooperation mit dem Mock-Institut wem angenähert hat, konnte S. nicht sagen – das habe zu einer Zeit stattgefunden, als er noch nicht einmal die Idee gehabt habe, einmal für die Novomatic tätig zu sein.

„Zugehen“ auf Land Niederösterreich?

Dass das Land Niederösterreich auf Novomatic „zugeht“, konnte er auf Nachfrage der Grünen nicht bestätigen. Auch das Sponsoring des Kammerorchesters Waidhofen/Ybbs wurde abgefragt, hierzu konnte S. aber nichts angeben. Auch thematisiert wurde das Sommerfest der ÖVP Niederösterreich. Novomatic soll das Fest ja über den ÖVP-nahen Verein „Wir Niederösterreicher in Wien“ gesponsert haben, was allerdings dementiert wird. Im Ausschuss war auch dazu nichts zu erfahren, die Frage wurde nicht zugelassen, weil ja Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) als Landeshauptfrau keine Bundespolitikerin ist.

Spesen für NÖ Arbeitnehmerbund gezahlt

SPÖ-Fraktionsführer Kai Jan Krainer erfragte, ob S. wisse, wann S. bekanntgeworden sei, „dass die Novomatic verdeckte Parteispenden an die ÖVP zahlt“. Für S. war das nicht nachvollziehbar: „Ich habe es bis jetzt nicht erfahren“, auch Mails dazu kenne er nicht. Krainer führte aus, dass Novomatic an den NÖAAB (Niederösterreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund) bezahlt hat, der ja zweifelsohne eine Parteiorganisation sei.

„Parteinähe“ eine „Definitionsfrage“

Novomatic habe an Hunderte oder Tausende Vereine gespendet, einschränken könne er das nicht, weil allein viele Sportvereine gesponsert würden, so S. Was dabei als „parteinah“ gelte, sei wohl eine Definitionsfrage, gab die Auskunftsperson an. Die Zahlung an das FPÖ-nahe Institut für Sicherheitspolitik (ISP) habe 240.000 Euro ausgemacht, eine Weiterleitung an politische Parteien habe nicht stattgefunden. Die Gegenleistung sei im ISP-Tätigkeitsbericht nachzulesen, so S.

Das Sponsoring sei jedenfalls relativ schleppend angelaufen, berichtete S. auf Fragen der FPÖ – er, S., habe das Projekt dann neu aufgesetzt und erst alle überzeugen müssen, dass die Kooperation sinnvoll sei. Es sei um Sicherheitsfragen vor allem auch im Osten gegangen. In diesem Fall sei die Compliance-Abteilung sogar gefragt worden, weil eine politisch exponierte Person darin tätig gewesen sei – und die Abteilung habe die Kooperation genehmigt. Dass das Verteidigungsministerium auch gesponsert habe, sei für die Novomatic quasi eine Bestätigung gewesen, denn das Institut sei damals noch jung gewesen.

Auf Einvernahme folgte Hausdurchsuchung

Gefragt nach seiner Zeugeneinvernahme dazu gab er an, dass es rasch um Parteispenden und Spenden an parteinahe Vereine gegangen sei. Er habe dort von der Kooperation mit dem ISP gesprochen, so S. Das ISP habe er dort von sich aus thematisiert, der Vernehmungsbeamte habe aber die gut 200.000 Euro genannt. Zu anderen Vereinen sei er gar nicht befragt worden, auch nicht zu solchen, die im Akt vorkommen.

Nach seiner Einvernahme habe er dem Novomatic-Vorstand geschrieben und ihm seine Einvernahme geschildert. Die Folge seiner Befragung sei eine Hausdurchsuchung bei Novomatic gewesen - das habe zu Spannungen geführt, doch diese hätten sich später wieder gelegt - insbesondere als der Inhalt seiner Zeugenaussagen und die eidesstattliche Erklärung bekanntgeworden sei.

„Standard“, 12.01.2021

Kathrin Glock sagt nun doch vor Ibiza-Ausschuss aus

Befragung am Dienstag in einem Extrazimmer

Wien – Am Dienstag beginnt die zweite Halbzeit des parlamentarischen Ibiza-Untersuchungsausschusses. Die Mandatare arbeiten Spendentätigkeiten, Postenbesetzungen und andere Erscheinungen der türkis-blauen Regierungszeit auf, die nach der Veröffentlichung des Ibiza-Videos im Mai 2019 öffentlich geworden sind.

Für Dienstag und Mittwoch sind fünf Auskunftspersonen geladen, den Beginn macht der Kabinettschef von Finanzminister Gernot Blümel, Clemens-Wolfgang Niedrist. Nach ihm kommt der frühere Risikomanagement-Chef der Novomatic und Ex-Compliance-Chef der ÖBB, Martin S., der seit 2020 selbstständig ist. Die Novomatic kam durch die Erwähnung von Heinz-Christian Strache ins Spiel, der im Video meinte, "Novomatic zahlt alle". Eine Behauptung, die er

danach zurückgenommen hat und die der Glücksspielkonzern seit jeher zurückweist.

Gekrönt werden dürfte der Dienstag mit der für Nachmittag geplanten Aussage von Kathrin Glock, der Frau des Waffenproduzenten Gaston Glock. Sie hat sich einer Befragung bisher unter Verweis auf die Corona-Ansteckungsgefahr verweigert, ihr Mann ist 91. Allerdings hat Glock vom Bundesverwaltungsgericht eine Beugestrafe über 2000 Euro ausgesetzt, den Antrag dafür hatten SPÖ und Neos gestellt.

Austro-Control-Mandat

Glock soll in einem Nebenraum des Camineum in der Nationalbibliothek abgesondert befragt werden; begleitet nur von Vertrauensperson, Verfahrensanwalt und einem Mitarbeiter der Parlamentsdirektion. Ihre Befragung

soll ins Camineum übertragen werden, wo der U-Ausschuss aus Abstandsgründen tagt. Die 40-Jährige sitzt in der Geschäftsführung etlicher Glock-Gesellschaften und wird auch zu ihrem Aufsichtsratsmandat in der Austro Control befragt, zu dem sie 2018 unter Verkehrsminister Norbert Hofer (FPÖ) gekommen ist. Auch Gaston Glock wurde im Ibiza-Video erwähnt, als angeblicher Spender von Ex-Vizekanzler und Ex-FPÖ-Partei-chef Strache.

Am Mittwoch tagt der Ausschuss ab 14 Uhr; geladen ist u. a. Markus Braun von der Investmentgesellschaft Sigma. Er hatte Funktionen in FPÖ-Vereinen inne. Sein Schwager, der spätere Casinos-Finanzvorstand Peter Sidlo, hat einst für die Sigma gearbeitet. (gra) p Livebericht ab 9.45 Uhr aufderStandard.at/Wirtschaft